

Vorständin Valentina Daiber „Ein Social-Media-Verbot allein reicht nicht“

11.8.2026 - | Telefónica Deutschland

Frankreich verbietet soziale Medien für unter 15-Jährige, Österreich plant Verbote für unter 14-Jährige. Die EU diskutiert europaweite Altersgrenzen. Gleichzeitig arbeitet die EU an neuen Regeln für den Schutz von Kindern und Jugendlichen im digitalen Raum. Doch wer junge Menschen wirklich schützen will, darf nicht nur in Verboten denken.

Frankreich macht Ernst. Als erstes EU-Land verbietet es Kindern unter 15 Jahren den Zugang zu sozialen Netzwerken. Gleichzeitig empfiehlt ein von der EU-Kommission eingesetztes Expertengremium ein europaweites Mindestalter von 13 Jahren und einen stufenweisen Zugang zu digitalen Diensten. Damit steht Europa vor einer richtungsweisenden Entscheidung: Sollten Kinder unter einem bestimmten Alter soziale Medien nutzen dürfen?

Das Alter ist ein wichtiger Aspekt - die digitale Realität aber ist entscheidend

Derzeit kreist die Debatte viel um Altersgrenzen. Das ist ein wichtiger Baustein – greift aber zu kurz. Entscheidend ist, dass die Diskussion die digitale Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen aufgreift. Sie besteht längst aus deutlich mehr als Instagram und TikTok. Sie umfasst Gaming-Plattformen, Messenger-Dienste, Livestreaming-Angebote und zunehmend KI-Chatbots und KI-Agenten. Genau hier liegt die Stärke der Empfehlungen des EU-Sonderausschusses. Er denkt Kinder- und Jugendschutz umfassender. Die Empfehlungen richten den Blick nicht nur auf einzelne digitale Plattformen, sondern auf die Gesamtheit der digitalen Räume. Und diese müssen für junge Menschen sicher ausgestattet werden – und zwar bevor Jugendliche den Raum betreten. Dazu gehören altersgerechte Voreinstellungen, wirksame Altersverifikation, transparente Systeme und der Verzicht auf manipulative Designmechanismen, die Aufmerksamkeit um jeden Preis maximieren oder Suchtmechanismen fördern. Ein moderner Jugendmedienschutz setzt dort an, wo Risiken entstehen – bei den Anbietern digitaler Räume. Dieses Prinzip ist im europäischen Digital Services Act angelegt und sollte konsequent weiterentwickelt werden. In der analogen Welt ist es selbstverständlich: Ein Kinderspielplatz wird auch erst vom Betreiber sicher gebaut, abgenommen und mit Fallschutz versehen, bevor Kinder ihn nutzen dürfen. Warum sollte für digitale Räume etwas anderes gelten?

Mit digitalen Kompetenzen bewegen junge Menschen sich souverän in digitalen Räumen

Betreten junge Menschen den digitalen Raum, dann müssen sie mit dem, was ihnen dort begegnet, auch umgehen können. Seit sechs Jahren spreche ich bei den „WAKE UP!“-Veranstaltungen von Telefónica Deutschland mit jungen Menschen über Digitalisierung und wie diese die Lebenswelt verändert. Denn als Unternehmen wollen wir nicht nur den besten Zugang zu digitalen Technologien ermöglichen, wir wollen gerade jungen Menschen auch digitale Kompetenzen mitgeben. Dabei begegnen mir zwei Wahrheiten gleichzeitig. Jugendliche erzählen von Gemeinschaft, Kreativität und Wissen, die sie online finden. Gleichzeitig berichten sie von Cybermobbing, Desinformation,

Einsamkeit und digitaler Gewalt. Die digitale Realität ist also weder nur Chance noch nur Risiko. Sie ist beides zugleich. Um die Chancen zu nutzen und die Herausforderungen zu meistern, brauchen Kinder und Jugendliche Orientierung, Eltern und Lehrkräfte praxisnahe Unterstützung und Schulen zeitgemäße Bildungsangebote. Digitale Souveränität entsteht durch Erfahrung, Begleitung und Bildung.

Künstliche Intelligenz erhöht den Handlungsbedarf

Natürlich gibt es ein berechtigtes Argument für Altersbeschränkungen als schnelle Maßnahme. Künstliche Intelligenz beschleunigt die Verbreitung von Desinformation, Deepfakes und manipulativen Inhalten in bislang unbekanntem Ausmaß. [UNICEF berichtete](#) 2026, dass ein Drittel der befragten Kinder und Jugendlichen Sorge hat, dass KI zur Verbreitung von Falschinformationen und Betrug eingesetzt werden kann. Viele folgern daraus, dass nur strenge Verbote Kinder wirksam schützen können. Das ist mir zu einfach. Denn die Probleme verschwinden nicht an einem bestimmten Geburtstag. Cybermobbing, Hassrede oder Desinformation sind geduldig. Sie treffen Jugendliche, wenn sie 13 Jahre alt werden, ebenso wie mit 15 Jahren. Wer ausschließlich auf Verbote setzt, verschiebt die Herausforderungen häufig nur nach hinten. Wir müssen jungen Menschen früh digitale Kompetenzen vermitteln. Dazu gehört auch, souverän mit KI umgehen zu können.

Kinder brauchen nicht weniger digitale Welt. Sie brauchen eine bessere

Regeln und starke digitale Kompetenzen gehören zusammen. Europa hat jetzt die Chance, einen gemeinsamen Weg einzuschlagen. Ein zukunftsfähiger Jugendmedienschutz darf nicht an nationalen Grenzen enden. Es braucht gemeinsame Standards für sichere digitale Angebote, klare Verantwortlichkeiten der Plattformen und einen Rechtsrahmen, der ein sicheres digitales Leben ermöglicht. Dann schützen wir Kinder und Jugendliche dort, wo die Risiken entstehen. Wir ermöglichen ihnen gleichzeitig das, was in einer digitalen Gesellschaft unverzichtbar ist: Bildung, Teilhabe, Kreativität und die Chance, sich zu selbstbestimmten und verantwortungsvollen digitalen Bürgerinnen und Bürgern zu entwickeln.

https://www.telefonica.de/news/corporate/2026/08/gastbeitrag-fuer-redaktionsnetzwerk-deutschland-ein-social-media-verbot-allein-reicht-nicht.html?type=news%3Bmessage_id%3D10912%3Bstate%3Donline